

NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Foto: Ulf Duda

Auftakt zur Landtagswahl in Niedersachsen

Darum geht es am 09. Oktober

Die Sommerpause endet und der Wahlkampf zur Landtagswahl am 09. Oktober beginnt. Der offizielle Start für die heiße Phase findet am 27. August mit Stephan Weil in Emden statt. Ich freue mich auf einen intensiven Wahlkampf mit den Mitgliedern der SPD in Niedersachsen. Gemeinsam wollen wir dafür sorgen, dass wir stärkste Kraft in Niedersachsen bleiben und Stephan Weil fünf weitere Jahre Ministerpräsident in Niedersachsen wird.

Als SPD wollen wir die Lernmittelfreiheit für das 21. Jahrhundert schaffen. Allen Schülerinnen und Schülern soll ab der ersten Klasse ein Tablet zur Verfügung gestellt werden. Ich finde: ein wichtiger Schritt in Richtung Chancengleichheit für zukunftsfähige

Bildung. In der letzten Legislaturperiode hat Niedersachsen die Kitas beitragsfrei gemacht, jetzt wollen wir die dritte Fachkraft rechtsverbindlich zusichern. Damit Wohnen bezahlbar bleibt, wollen wir eine niedersächsische Landeswohnungsbaugesellschaft schaffen.

In meinem Wahlkreis treten Björn Meyer im Ammerland, Ulf Prange (Oldenburg-Mitte/Süd) und Hanna Naber (Oldenburg-Nord/West) in den beiden Oldenburger Wahlkreisen sowie Karin Logemann in Rastede dafür an, die Direktmandate zu erringen beziehungsweise zu verteidigen. Ich freue mich darauf, die vier dabei zu unterstützen und mit dafür zu sorgen, dass Niedersachsen in guten Händen bleibt.

Moin!

Energiepolitische Herausforderungen prägen die aktuelle Zeit. Seit dem russischen Angriffskrieg steigen die Energiepreise insgesamt an. Das spüren viele Menschen hier in Deutschland zum Beispiel beim Blick auf die eigene Gasrechnung.

Um eine Gasversorgungskrise zu verhindern, müssen so viele Optionen wie möglich auf den Tisch. Gesetze, die eine schnelle Reaktion der Bundesregierung bei der Gefährdung der Energieversorgung ermöglichen und den Ausbau Erneuerbarer Energien ins Zentrum rücken, wurden bereits beschlossen. Zugleich unterstützen Entlastungen wie der Kinderbonus, die Abschaffung der EEG-Umlage oder das 9-Euro-Ticket BürgerInnen in schwierigen Zeiten.

Wichtigstes Ziel ist aktuell, sich möglichst schnell unabhängig von russischen Gasimporten zu machen – ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden und ohne dauerhaft steigende Energiepreise hervorzurufen. Daran arbeiten wir weiterhin.

Was derzeit sonst noch geschieht, erfahrt ihr im Innenteil. Viel Freude bei der Lektüre!

Ever 10's

Bürgergeld auf den Weg gebracht

Mehr Respekt und Unterstützung im Sozialstaat

Mehr Sicherheit und Respekt für Lebensleistung, gerade in schwierigen Zeiten – so lässt sich das Ziel des neuen Bürgergeldes beschreiben. Unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat es in seinen Grundzügen am 20. Juli vorgestellt. Die Idee: Eine gezieltere Vermittlung in Arbeit und bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch Qualifizierung. Außerdem wird unnötige Bürokratie abgebaut und mehr Unterstützung auf Augenhöhe angestrebt. Mit dem Entwurf für das Bürgergeldgesetz soll die Grundversicherung für Arbeitsuchende an die moderne Arbeitswelt angepasst werden.

Hierzu gehört, dass die Aus- und Weiterbildung beim Eingliederungsprozess stärker im Zentrum stehen und eine langfristige Perspektive bei der Arbeitssuche ermöglichen. Angebote und Unterstützungsleistungen sollen zukünftig in einem Kooperationsplan gemeinsam mit den Bürgergeldbeziehenden entwickelt werden. Die Betreuung wird um individuelle Coachings erweitert. Darüber hinaus sollen die Regelbedarfe neu bemessen werden und die Freibeträge für Einkommen aus SchülerInnen- und Studierendenjobs steigen. Das Antragsverfahren wird digitalisiert und Rückforderungen von Kleinbeträgen

sollen entfallen. Außerdem muss sich niemand in den ersten zwei Bezugsjahren Sorgen um Ersparnisse oder die eigene Wohnung machen. So kann Unterstützung insgesamt zielgerichtet, unbürokratisch, digital und auf Augenhöhe stattfinden.

Nach der Sommerpause werden wir diese große Reform im parlamentarischen Verfahren weiter beraten. Und schon ab dem nächsten Jahr soll das Bürgergeld dann BürgerInnen zur Verfügung stehen – für einen wirksamen, niedrigschwelligen und fairen Zugang zum Sozialstaat. Darüber freue ich mich sehr.



HINTER DEN KULISSEN Die parlamentarische Sommerpause

Wahlkreis, Hintergrundarbeit und Urlaubszeit

Die Monate Juli und August waren früher die Zeit des Sommerlochs, in der Geschichten über Schildkröten in Baggerseen die Nachrichten beherrschten. In Zeiten eines Krieges mitten in Europa gibt es jedoch keine nachrichtenarme Zeit mehr.

Der Bundestag befindet sich derzeit wie jedes Jahr in der parlamentarischen Sommerpause. Für zwei Monate finden keine Sitzungen statt. In diesem Jahr vom 09. Juli bis zum 04. September. Das bedeutet aber nicht, dass die parlamentarische Arbeit völ-

lig zum Erliegen kommt oder die Abgeordneten in dieser Zeit nicht arbeiten würden.

Sie konzentrieren sich vor allem auf die Wahlkreisarbeit und arbeiten sich in spezifischere Fachthemen ein. Außerdem bietet die Sommerpause Zeit, um Gesetze, die im Frühjahr beschlossen wurden, nachzubereiten oder welche, die im Herbst verabschiedet werden sollen, vorzubereiten. Es wird vieles von dem nachgeholt, was in der durchgetakteten Sitzungsphase zu kurz kam und nach

dem Stress der letzten Monate etwas durchgeatmet.

Sollte in den Sommermonaten etwas passieren, auf das der Bundestag kurzfristig reagieren muss, so gibt es die Möglichkeit, die Sommerpause durch eine Sondersitzung zu unterbrechen. Das ist zum Beispiel 2014 zur Krise im Irak geschehen. In diesem Jahr stehen der Krieg Russlands in der Ukraine und die unsichere Gasversorgung selbstverständlich im Fokus und werden weiterhin genau beobachtet und bearbeitet.



So bekämpfen wir den Klimawandel

Ausbau der Windenergie auch in Niedersachsen

Im Juli hat das Wirtschaftsfor- schungsunternehmen Prognos eine vom Wirtschafts- und Umweltminis- terium in Auftrag gegebene Studie zu den Kosten des Klimawandels für Deutschland veröffentlicht. Das Er- gebnis: Seit dem Jahr 2000 hat der Klimawandel jährlich Kosten von 6,6 Milliarden Euro verursacht. Zusätzlich zu den Schäden für Mensch und Um- welt ist er also auch sehr teuer.

Im Koalitionsvertrag haben wir be- reits festgeschrieben, möglichst bis 2035 klimaneutral zu sein. Das bereits beschlossene Oster- und das noch kommende Sommerpaket der Bun-

desregierung sind wichtige Schritte in diese Richtung. Den Ausbau der erneuerbaren Energien haben wir als Gegenstand des überragenden öf- fentlichen Interesses definiert. Beide Pakete sollen dafür sorgen, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien wieder an Fahrt gewinnt.

Der Ausbau von Windenergie ist bis- lang daran gescheitert, dass es zu wenige verfügbare Flächen gibt. Wir wollen zwei Prozent der Bundesflä- chen für den Ausbau von Windkraft- Anlagen reservieren. Dieses Ziel wol- len wir bis Ende 2032 erreicht haben, bis Ende 2026 sollen 1,4 Prozent der

Flächen bereits mit Windkraftanla- gen bestückt sein. Für Niedersachsen bedeutet das einen Flächenbeitrags- wert von 1,7 in 2026 und 2,2 in 2032.

Wir wollen die Planung und Geneh- migung von Windkraftanlagen be- schleunigen. Alles, was digital ge- plant und genehmigt werden kann, soll auch digital möglich sein. Um die neuen Anträge auch zügig bearbei- ten zu können, plant die Bundesre- gierung eine Personaloffensive. Der Klimawandel und die Klimafolgenan- passung sind eine große Herausfor- derung. Als Ampel-Koalition nehmen wir diese Herausforderung an.



FRAGEN AN MICH

So funktioniert Abge- ordnetenwatch

Transparenz und politischer Austausch im Internet

Mitte Juli hat www.abgeordneten- watch.de wieder einmal die nieder- sächsischen Bundestagsabgeordne- ten benotet – und damit bewertet, auf wie viele der Fragen Abgeordne- te antworten, die ihnen Wählerinnen und Wähler stellen. Ich freue mich, dass ich dabei erneut die Note Eins erhalten habe. Das heißt: Zum Stich- tag hatte ich alle Fragen an mich be- antwortet.

Doch was ist Abgeordnetenwatch eigentlich? Es handelt sich um eine Plattform im Internet, auf der alle, die

das möchten, Fragen an Abgeordne- te des Bundestages, der Landtage oder des Europäischen Parlaments stellen können. Das Wichtige: Ab- geordnetenwatch gehört nicht dem Staat, sondern einem unabhängigen Verein. Abgeordnete müssen nicht teilnehmen, manche nutzen Abge- ordnetenwatch aus unterschiedlichen Gründen nicht. Ich selbst bemühe mich jedoch, auf alle Fragen zügig und gründlich zu antworten.

Strenggenommen braucht es dazu natürlich die Plattform als Vermittler

nicht, denn wer möchte, kann mir ja per E-Mail, per Brief oder persönlich Fragen stellen oder Impulse geben und wird auch auf diesen anderen Wegen eine Antwort erhalten. Das Besondere an Abgeordnetenwatch ist jedoch: Jede und jeder kann se- hen, welche Fragen ich erhalte und was ich darauf antworte. Das hilft dabei, Transparenz zu schaffen. Und das ist mir ein hohes Anliegen. Politik gehört nicht nur in die Parlamente, sondern auch auf unsere Marktplätze und in die Innenstädte – und eben in die digitale Öffentlichkeit.





Christine Lambrecht beim Verpflegungsamt

Besuch der Bundesministerin in Oldenburg

Im Juli hat unsere Verteidigungsministerin Christine Lambrecht auf ihrer Sommertour das Verpflegungsamt der Bundeswehr, einen der Standorte der Bundeswehr in Oldenburg, besucht. Dabei konnten meine Landtagskollegin Hanna Naber und ich sie begleiten.

Im Verpflegungsamt der Bundeswehr werden Ein-Personen-Packungen (EPA), Verpflegungsboxen für die Soldatinnen und Soldaten, zusammengestellt. Uns wurde vor Ort der Herstellungsprozess, von der Planung bis zur Abpackung, erklärt. Zudem wurde uns das Gelände gezeigt

und wir hatten auch die Möglichkeit, die verschiedenen Inhalte der EPA zu probieren.

Die Verpflegungsboxen müssen unter härtesten Bedingungen haltbar sein, zum Beispiel auch bei über 40 Grad in Wüstenregionen. Für verschiedene Einheiten gibt es verschiedene Boxen, die auf die Anforderungen der Soldatinnen und Soldaten angepasst sind. Der Standort in Oldenburg ist der einzige, der die Boxen für die gesamte Bundeswehr herstellt. Ich freue mich daher sehr, dass sich Christine die Zeit genommen hat, das Verpflegungsamt zu besuchen.



Mir ist die Zusammenarbeit mit „meinen“ Jusos, den Jusos Oldenburg/Ammerland, sehr wichtig. Deswegen war ich gerne als Gast auf ihrer Mitgliederversammlung im Juli dabei, wo ich auch zu den bundespolitischen Geschehnissen aus Berlin berichten durfte.

Die Versammlung wurde genutzt, um Anträge zu besprechen und einen neuen Vorstand zu wählen. Es wurde erneut eine Dreierspitze gewählt, die aus Svenja Grebener, Stefan Gottschalk und Fynn Ole Bruns besteht. Dem gesamten Vorstand gehören neben den drei Vorsitzenden noch neun Beisitzende aus Oldenburg und dem Ammerland an.

Gemeinwohl-Ökonomie: Gutes Wirtschaften stärken

Zu Besuch bei Schwarzseher GmbH

Zu Beginn der Sommerpause habe ich die Filmproduktionsfirma Schwarzseher GmbH im Zentrum von Oldenburg besucht. Gemeinsam mit Geschäftsführer und Gründer Amon Thein konnte ich über die Arbeitsweisen der Firma und die Herausforderungen in ihrem Arbeitsalltag sprechen. Als Produktionsfirma erzeugen sie hauptsächlich Marketingfilme und Videokampagnen für verschiedene Organisationen in ganz Deutschland. Amon ist zudem aktiv bei der Gemeinwohl-Ökonomie Oldenburg.

Für Amon ist es unter anderem wichtig, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fair bezahlt werden. Die Schwarzseher GmbH ist das erste gemeinwohlobilanzierte Unternehmen in Oldenburg. Das bedeutet, dass sie ihre Wirtschaftlichkeit mit sozialer und ökologischer Verantwortung verbinden. Dazu zählt, dass ein „gutes Leben für alle“ die oberste Priorität hat. Wir haben uns darüber unterhalten, wie wir als Bundespolitik solche zukunftsorientierten Ansätze in Zukunft stärken können.

DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

@ www.dennisrohde.de
f facebook.com/dennis.rohde
t twitter.com/dennisrohde